während einer Unterstützung dem Antrag der vierten Deputation gemäß auf sich beruhen.

Unter Punkt 9 endlich zeigt Kammerherr **v. Schönberg** namens der vierten Deputation an, daß die Beschwerde des Uhrmachermeisters R. F. M. Schwarze in Auerbach i. V., eine Privatklagesache betreffend, und die Petition des E. W. Wüstner in Freiberg um Vermittelung einer Unterstützung für unzulässig zu erklären sind.

Nächste Sitzung: Freitag, 11. Februar, 1/2 12 Uhr.

Tagesordnung: Etatskapitel: 8 Kalkwerke, 5 Hofapotheke, 109 Bewilligungen an Invaliden, die Titel des außerordentlichen Etats, Umbauten der Bahnhöfe Tharandt, Grottau, Gera, Oelsnitz i. V., Weipert, die Kapitel des Rechenschaftsberichts aus dem Ressort des Finanzministeriums, Petitionen.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Berlin, 10. Februar. (Tel.)

Am Ministertische **v. Bethmann Hollweg, v. Moltke, Beseler** und die anderen Minister. Das Haus ist gut besucht, die Tribünen übervoll. Auf der Tagesordnung steht die

Wahlrechtsvorlage.

Nachdem **Strosser** (Kons.) eine seiner Aeußerungen der letzten Tage über Frau v. Schönebeck richtig gestellt hatte, erhebt sich

Ministerpräsident **v. Bethmann Hollweg.** Aus den Reihen der Sozialdemokraten ertönen Pfuirufe, die vom Vizepräsidenten gerügt und von der Rechten mit den Rufen: „Raus! Raus!" beantwortet werden.

Ministerpräsident **v. Bethmann Hollweg:** Meine Herren! In Uebereinstimmung der Ankündigung der Thronrede will das Wahlgesetz das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten auf den gegebenen Grundlagen organisch fortentwickeln. Die Staatsregierung hält es ab, diese Grundlagen aufzugeben und läßt sich bei diesem Entwurf auch nicht durch die Kritik wankend machen, die schon vorweg an dem Gesetzentwurf geübt wurde. Sie hat den Entwurf eingebracht, keiner Partei zuliebe oder zuleide. (Bravo rechts, Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Sucht nach Popularität wird keinen Schritt der Regierung bestimmen. Man hat es so dargestellt, als brächte die Staatsregierung diese Vorlage nur ein, weil sie durch jenen Passus der Thronrede in eine Zwangs- und Notlage versetzt worden sei. Man hat einen inneren Widerspruch zwischen den Worten der Thronrede und der wahren Willensmeinung der Staatsregierung, ja des Königs konstruiert. Daran ist kein Wort wahr. Was die Thronrede ankündigt, das ist die

Willensmeinung des Königs,

und für diese Willensmeinung tritt die Staatsregierung geschlossen mit ihrer Verantwortung ein. Strömungen in der Oeffentlichkeit, die die Umgestaltung des Wahlrechts fordern, machen sich laut genug geltend. Um so ruhiger muß man sich darüber klar werden, was hinter diesen steht. Daß die Sozialdemokratie das preußische Wahlrecht und jede, nicht mindestens auf das Reichstagswahlrecht hinaustaumende Reform in Grund und Boden verdammt, ist nicht verwundertlich. Bei den Herren spricht der nackte Wille zur Macht seine Sprache und die pflegt deutlich zu sein (Zurufe der Sozialdemokraten). Sie hoffen mit einem Wahlrecht auf breitester Grundlage das Gefüge des preußischen Staatsrechts zu lockern (Sehr richtig!), und erblicken darin eine Etappe auf ihrem Wege zur allmählichen Unterminierung des monarchischen Staats (Lebhaftes Sehr richtig! Zurufe bei den Sozialdemokraten.

Ministerpräsident **Bethmann Hollweg:** Auf diesem Wege werden wir den Herren nicht folgen, und deshalb bleibt die Agitation und jeder Zwischenruf, der von ihnen erfolgt, auf die Entschlüsse der Regierung wirkungslos (Unruhe links, Zurufe.). Bei den übrigen Herren des Reichstagswahlrechts, beim Zentrum und den Freisinnigen, scheint mehr die Sucht nach Selbstherrschaft, als ethische und theoretische Motive, maßgebend zu sein. Das Zentrum hat bisher seine Sitze sicher gehabt, machte nach Reichstagswahlrecht oder nach Dreiklassenwahlrecht gewählt werden. Es würde kaum an Stärke gewinnen, wenn wir in Preußen das Reichstagswahlrecht einführten. Nur die Persönlichkeiten würden vielleicht wechseln, und das würde ich bedauern. Den Freisinnigen wird niemand verwerfen dürfen, daß ihr Wünsche eigennützig wären. (Sehr gut! in der Mitte.) Bei dem Rennen um die Gunst der Massen würden sie immer hinter den Sozialdemokraten um mehrere Pferdelängen zurückbleiben. (Lebhaftes Sehr richtig! rechts.) Sie haben stumpfere Sporen. Sie müßten dann wie der linke Flügel der bürgerlich demokratischen Presse Töne anschlagen, die für Vertreter des fortgeschrittenen Bürgertums nicht mehr passen. Geben sie diese Position aber erst einmal auf, dann verlieren sie ihre Selbständigkeit und die Bedeutung, die die Fortschrittspartei für unser staatliches und politisches Leben hat (Unruhe links). Sie würde dem demokratischen Gedanken Geltung verschaffen und den konservativen schwächen, aber lachender Erbe wäre ein Dritter.

Mit dem Zentrum halten sie nur das gleiche Wahlrecht für menschenwürdig.

In diesem Streit hierüber werden wir uns nie einigen; es ist Sache der Ueberzeugung auf beiden Seiten. Sie sind der Ansicht, daß der großen Masse die Herrschaft ausgeliefert werden muß, wenn sich der Staat glücklich fortentwickeln soll. Ich bin der Ueberzeugung, daß die nackte Zahl der bequemste, aber keineswegs alleinige Wertmesser für die lebendige Kraft des Volkes ist. Sie halten mit theoretischer Zähigkeit an einer Forderung fest, unbekümmert um alle praktischen Erfahrungen, unbekümmert um die gewaltigen Verschiebungen, die im preußischen Staatsleben dadurch eingetreten sind, daß die Kompetenzen zwischen Reich und Einzelstaaten geteilt worden sind, und daß wir in Preußen selbst umfangreichste Staatsgeschäfte vom Staat auf die kommunalen Verbände übertragen haben.

Aber auch in den Kreisen desjenigen Liberalismus, der für Preußen das Reichstagswahlrecht ablehnt, ist die Bewegung, die nach Reform des bestehenden verlangt, beinahe ebenso leidhaft. Es ist falsch, diese Bewegung auf Stimmungsmache zurückzuführen. Die Wahlrechtsfrage ist für den gemäßigten Liberalismus tatsächlich zu einer sehr ernsten Frage geworden. Ich frage mich jedoch, ob es wirklich die Mängel des bestehenden Wahlrechts und die Vorzüge der angestrebten Reformen sind, welche der Frage zu ihrer aktuellen Bedeutung verholfen haben. Mir scheint vielmehr, daß die Wahlrechtsfrage allmählich die Formel geworden ist, in der alles, was an politischer Unzufriedenheit und Mißstimmung irgendwelcher Art besteht, zusammengefaßt wird. Reaktion, Polizeiwillkür, Bureaukratismus, Fronvogtei, agrarisches Junkerregiment, das sind so etwa in derber Sprache die Dinge, die mit der Reform des Wahlrechts bekämpft und beseitigt werden sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die handgreiflichen Uebertreibungen, welche darin liegen, werden in ruhiger Diskussion wohl allgemein abgelehnt werden; aber man verlangt die Modernisierung eines Wahlsystems, das den ländlichen Grundbesitz und damit einem einseitigen Konservatismus zum Herrn der Situation macht, während doch andere Faktoren, nämlich Handel, Industrie, Arbeiterschaft, die in der Bildung repräsentierten Volkskräfte usw. längst in eine gleichberechtigte Stellung eingerückt seien.

Luft und Licht für alle! Das ist schließlich der Grundton der Bewegung.

Vielfach wird für die Dinge, die als Mißstände empfunden werden und die Mißstände sind,

das preußische Wahlrecht verantwortlich gemacht

und von dieser Reform der allgemeine Wandel erwartet. Darin liegt die Täuschung. Es würde sich hören lassen, wenn man die politischen Kräfte der Nation ziffernmäßig gegen einander abwägen und dann in diesem Verhältnis im Parlament zusammenfassen könnte; aber das sind Utopien und wichtiger als die Theorie ist auch hier die Praxis. Unrichtig ist jedenfalls, daß das preußische Wahlrecht ursprünglich auf agrarische, feudale Zustände zugeschnitten gewesen sei. Das Abgeordnetenhaus ist von fortschrittlichen zu nationalliberalen und dann zu konservativen Majoritäten übergegangen. (Sehr richtig rechts.)

Und trifft es denn zu, daß die Fehler, die man dem preußischen Wahlrecht nachsagt, die sogenannte Entrechtung der Volksmassen, die einseitige Bevorzugung des reaktionären Großgrundbesitztums, sein plutokratischer Charakter, die Arbeit und Politik des Abgeordnetenhauses in einseitig agrarischer plutokratischer, die niederen Stände bedrückender Richtung geführt hätte? Ich freue mich schon im voraus auf die schmeichelhafte Kritik, die mir zu Teil werden wird, weil ich diese Frage überhaupt gestellt habe. Die preußischen Finanzen sind aufgebaut auf den staatlichen Betriebsverwaltungen und den direkten Steuern. Kein Mensch kann unserer Einkommen- und Vermögenssteuer vorwerfen, daß sie die Reichen bevorzugt und noch jede Novelle hat die Tendenz, Wohlhabende noch stärker zu belasten. (Sehr richtig.) Sehr demokratisch regierte Länder kämpfen bisher vergeblich um eine ähnliche Gesetzgebung. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Ich habe auch bisher eigentlich nicht gemerkt, daß die preußischen Volksmassen unter dieser, vom Dreiklassenparlament gemachten Steuergesetzgebung seufzten. Dafür wird als unsozial, als arbeiterfeindlich, als agrarisch, die Steuergesetzgebung gebrandmarkt, die der mit dem allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrecht ausgerüstete Reichstag gemacht hat. (Bewegung.) Ich halte diese Vorwürfe für ungerecht, aber sie werden erhoben.

Nun zum Kapitel „Polizeiliche Willkür".

Ich kenne keine Gesetzgebung, welche gleich der preußischen den Rechtsstaat in der minutiösesten Weise auszubilden gesucht und fast jede Polizeiverfügung mit dem Schutzzaun dreier Instanzen umgeben hätte.

Ich glaube aber nicht, daß der gemäßigte Liberalismus Preußens Gesetzgebung, an der er selbst durchgehend mitgearbeitet hat, als so rückschrittlich verwirft. Was Sie meinen, das ist, daß die preußische Regierung in der Verwaltung und in der Anwendung des Gesetzes

die Konservativen bevorrechte.

(Sehr richtig, links.) Sie werden schon hören, was in Wahrheit richtig ist, und daß Sie das tun oder tun müssen unter dem Drucke der durch das Dreiklassenwahlrecht übermächtig gewordenen konservativen Partei. (Lebhaftes Sehr richtig, links.) Um diesen Druck zu brechen, soll das Wahlrecht geändert werden. Das beruht das Verhältnis der Regierung zu den Parteien. Ich habe böse Dinge darüber zu hören bekommen, daß ich im Reichstage gesagt habe: „In Deutschland könne die Regierung keine Parteiregierung sein. Man müßte im Reiche doch erst den Bundesrat beseitigen, wenn man zu Parteiregierungen kommen wollte." Aber ich will hier von Preußen sprechen.

M. H.! Eine preußische Regierung, die sich als

Parteiregierung

in dem Sinne etablieren wollte, daß sie einseitig die Geschäfte einer bestimmten Partei triebe, würde dem geschichtlichen Preußen sein Ende bereiten; und eine Partei, die es darauf absähe, die es versuchte, eine Regierung so in ihren Bann zu bringen, würde den Totengräber dabei spielen. (Vielfache Zustimmung.) Preußen läßt sich

nicht in das Fahrwasser des parlamentarischen Regimes verschleppen,

solange die Macht seines Königtums ungebrochen bleibt, und an die Macht dieses Königtums, das immer eine Tradition darin gefunden hat, ein Königtum für alle zu sein, wird nicht gerührt werden. (Lebh. Bravo.)

Auch Sie, meine Herren von der konservativen Partei, wollen und müssen Ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit behalten. (Heiterkeit links.) Je mehr Sie Ihre Stärke allein auf die eigene Arbeit und die eigene Ueberzeugung Ihrer Anhänger stützen, um so besser wird es nicht nur für Staat und die Regierung, sondern auch für Sie selbst sein. Aber dieselbe Unabhängigkeit werde ich auch der Regierung Ihnen gegenüber wahren.

Sie meine Herren von der liberalen Partei klagen darüber, daß die politischen Beamten, insonderheit die Landräte, nicht nur den konservativen Handlangerdienste leisteten (Lebh. Sehr richtig! links), sondern auch die anderen Parteien schikanierten und an freier Entscheidung hinderten. (Lebh. Sehr richtig! links.) Die Beamten sind Diener des Staates, aber nicht Diener irgend einer Partei. Wie die politischen Beamten die Regierungspolitik zu vertreten haben — gegenüber allen Parteien zu vertreten haben —, darüber haben wir feststehende und allgemein anerkannte Grundsätze. (Zurufe bei den Soz.) Jede Lockerung dieser Grundsätze wäre ein beginnender Verfall des Staatsorganismus.

Jede Verfehmung Andersdenkender rächt sich.

Preußen und Deutschland wissen davon ein trübes Lied zu singen, wenn sie sich der bleiernen Schwere erinnern, die in den zwanziger und dreißiger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf dem Lande lastete; wo ein solcher Mißbrauch stattfände, mißbillige ich ihn aufs entschiedenste. (Lachen b. d. Soz.) Lachen Sie nicht so; wenn Sie nichts anderes entgegnen können, dann schweigen Sie doch lieber. Ebenso wie Sie verurteile ich mancherlei Schikane, wie Saalabtreibungen und Aehnliches, dagegen protestiere ich, daß man unseren politischen Beamten Tendenzen in ihrer Amtsführung nachsagt, wie ich sie soeben geschildert und gerügt habe; das ist eine

Verdrehung und Verzerrung der Wirklichkeit.

Die preußischen Landräte in ihrer Allgemeinheit sind so mit den wirtschaftlichen Interessen ihrer Kreise verwachsen, gehen so in der Arbeit für diese Interessen auf, erkennen sich auch in ihrer überwiegenden Mehrzahl so des Vertrauens ihrer Kreiseingesessenen, daß es ein Unrecht ist, Ausnahmen, die immer und überall vorkommen, der Gesamtheit zur Last zu legen und von Fehlgriffen und Mißbräuchen einzelner auf den Geist schließen zu wollen, in dem die Verwaltung im ganzen geführt wird. (Bravo rechts.) Der Vorwurf, daß unser gesamtes Beamtentum von verknöchertem, konservativem Geiste erfüllt sei, ist eins der Agitationsmittel, mit denen man hausieren geht. (Zurufe b. d. Soz.) Meine Herren! Der Geist, der in einem Beamtentum, wie es im preußischen herrscht, ist nichts Willkürliches. Er ist gewachsen und groß geworden mit dem Staat, bei dessen Entwickelung der preußische Beamte seine so ganz unrühmliche Rolle gespielt hat; nicht nur die Standeseigenart, sondern die ganze Geschichte Preußens, die Notwendigkeit, sich in zähem Ringen um die staatliche und die wirtschaftliche Existenz durchzusetzen und zu behaupten, haben den Typus des preußischen Beamten geschaffen. Das hat er seiner ganzen Art, dem strengen, vielfach barschen und abweisenden, auf die Behauptung des Errungenen bedachten Charakter aufgeprägt, den Sie konservativ nennen mögen. Rückschrittlich, reaktionär ist er nicht geworden, denn

mit ihm, nicht trotz ihm ist Preußen der führende Staat Deutschlands geworden.

(Lebhafte Zustimmung rechts.) Gewiß hat der Geist des preußischen Beamtenums nicht immer Stich gehalten, gerade seine besten Eigenschaften können auch die Quellen großer Fehler werden. So ist er nach großem Aufschwung bei dem Steinschen Reformwerke später zu dem von Stein so bitter beklagten „Bureaukratismus" erkrankt, wie er den Bureaukratismus nannte. Wir können auf die Dauer den

konservativen Organismus Preußens nur erhalten, wenn er von freiem und vorurteilslosem Geiste erfüllt

ist. (Sehr richtig rechts, Lachen bei den Soz.). Ich habe diese Fragen kurz gestreift, nicht um ein Lobredner der Gegenwart zu sein, ich habe im Gegenteil auf Mängel und Gefahren hingedeutet, die zu ihrem Teil an dem Unmut schuld sind, der weite Kreise des Volkes erfüllt. Aber dieser Unmut reicht doch viel weiter, denn hinter allem steht das dumpfe und unbehagliche Gefühl, daß wir uns bei allem wirtschaftlichen Aufschwung politisch und kulturell in einer

Periode der Stagnation

befinden, namentlich auch kulturell. Die Sorge darum, ob wir mit der höheren wissenschaftlichen Erziehung und Heranbildung unserer Jugend noch auf dem richtigen Wege sind, bedrückt weite Kreise der Nation. Der Drang nach innerlich vertieftem, religiösem Leben, der immer ein Grundzug des deutschen Wesens sein wird, empfindet es vielfach schmerzlich, nicht immer volle Genüge zu finden.

M. H.! Man muß auf all diese unzähligen Quellen zurückgehen, um es zu erkennen, weshalb unsere Zeit von solcher Mißstimmung erfüllt ist, und nun explodiert diese Mißstimmung in dem Schrei nach einer Reform unseres Wahlrechts. Man wiegt sich in der Hoffnung, daß der Anfang zu allem Guten gefunden sein werde, wenn nur erst das Dreiklassenwahlrecht abgeschafft wäre. Ich muß immer wieder betonen, daß das der gleiche Fehlgriff wenigstens für alle diejenigen ist, welche von der allgemeinen Demokratisierung unseres Staatslebens nicht das große Heil erwarten. Man vermengt die Fragen der politischen Kultur, der politischen Erziehung mit den formellen Fragen des Wahlsystems. Soweit sie aber mit dem Wahlsystem zusammenhängen, behaupte ich, daß

die politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet wird.

(Sehr wahr! rechts.) Es hat eine Zeit gegeben, wo die politische Erziehung des Volkes in seiner Masse vom Parlament ausging. Mir scheint diese Zeit vorüber zu sein. Was einer unserer bedeutenden lebenden Geschichtsschreiber (Prof. Lamprecht-Leipzig. D. Red.) die „Politisierung der Gesellschaft" genannt hat, kann nur noch von den unteren Gliederungen des Staates und Volkes ausgehen. Dort vollzieht sich vor allem die Erziehung zu dem staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl, das die Grundlage aller politischen Kultur ist.

Vergleichen Sie damit die Wirkung, die die politische Tätigkeit der Parlamente in der Gegenwart auf die politische Bildung des Volkes ausübt. Ich spreche nicht von den Fragen, wo die Entscheidung über Lebensfragen der Nation das Volk bis in seine Tiefen aufrührt, das ist nicht das tägliche Brot und soll nicht das tägliche Brot sein. Welchen Anteil aber nimmt das Volk an der laufenden, schlichten Arbeit unserer Parlamente?

Die Presse

bringt Stimmungsbilder, bei denen man häufig den Eindruck nicht abhalten kann, als handele es sich um Theatervorstellungen (Heiterkeit). Verläuft die Sitzung sachlich, und mag es sich um die wichtigsten Gegenstände handeln, dann heißt es, daß öde Langeweile über dem Hause brütete (Heiterkeit). Aber wenn es ein sogenannter großer Tag ist, dann wird geschrieben, welche Krawatte oder welche Weste der Minister anhatte; was er sachlich sagt, wird von oben herunter schnell abgetan, und lustig wird es dann genannt, wenn man berichten kann, daß der Abgeordnete soundsoviel temperamentvolle Angriffe gegen den Minister richtete, wobei er kräftige und energische Töne fand, und womöglich einen Ordnungsruf erhielt. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie lachen darüber, ich halte es für eine sehr ernste Sache. So wird die große Masse des zeitungslesenden Publikums allmählich dazu geführt, die

Sensation als Kernpunkt des politischen Lebens

anzusehen. Ich übe damit selbstverständlich keine Kritik an unseren Parlamenten, aber ich muß mich doch fragen, ob die Behauptung noch zu rechtfertigen ist, daß unsere Parlamente das Zentrum seien, von dem politische Kultur und politische Erziehung auf die Masse des Volkes ausstrahlen, und ob nicht umgekehrt

die demokratische Entwickelung des Parlamentarismus zur Verflachung und Verrohung des politischen Sinnes

führt, also gerade den Entwickelungsprozeß hemmt, den wir brauchen, und der von einer demokratischen Reform des Wahlrechtes erwartet wird.

M. H.! Ich bin in meinen bisherigen Ausführungen der Ueberschätzung der Wahlrechtsfrage in ihren Gründen und in ihren Wirkungen entgegengetreten. Lassen Sie mich jetzt noch in kurzen Worten über

die allgemeine Richtlinie der Reform

sprechen, die wir Ihnen vorschlagen. Wir ist mehrfach der Gedanke entgegengebracht worden, die Regierung möge eine gründlich liberalisierende Reform vorschlagen, sonst würde uns die rote Flut verschlingen. Dieser Vorschlag leidet an zwei Fehlern: Erstens ist Furcht immer der schlechteste Ratgeber und sodann: glaubt man etwa, daß der Sozialdemokratie mit irgendeinem Wahlrecht gedient wäre, das sie nicht zur Herrschaft verhülfe? (Sehr richtig! rechts.) Wenn wir aber wirklich schon so weit sein sollten, daß bürgerliche Parteien oder ihre Wähler sich grundsätzlich der Sozialdemokratie zuwenden, weil ihnen die gebrachte Wahlreform ungenügend ist, dann ist nicht die Wahlreform daran schuld, sondern der mangelnde staatliche Sinn der Ueberläufer. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Regierung kann Ihnen nur eine Reform vorschlagen, welche in Anknüpfung an das Gegebene die Bestimmungen beseitigt, die ihre innere Berechtigung verloren haben, und welche gleich neue Vorschriften einführt, die es verhindern, daß das Vorhandene sich zu schädlichen Formen auswächst. Sie tut das und muß es tun, weil der Staat Ueberlebtes nicht konservieren soll. Für uns liegt es, wenn wir Ihnen eine Reform des Wahlrechts vorschlagen, gar nicht so, daß wir zu fragen hätten, wie und nach welchem System können wir für Preußen ein ideales Wahlrecht schaffen. Ein solches gibt es überhaupt nicht, sondern wir haben zu fragen, welche Bestimmungen des bestehenden Wahlrechts haben wir zu ändern, um es für die Zwecke des Staates brauchbar zu erhalten. Der Entwurf hält

an der öffentlichen Wahl

fest. Viele Vorgeschlagene hielten ihn um deswillen für unbrauchbar. Man hat ihn als unanständig bezeichnet. Das ist ja das moderne Wort, mit dem man jetzt dem Staatsbürger staatliche Institutionen zu verleiden sucht. Auch die Frage der öffentlichen oder der geheimen Stimmabgabe ist in vielen Beziehungen eine Frage der Ueberzeugung, über die zu kämpfen unfruchtbar ist. Die Geheimheit der Wahl soll es verbürgen, so meint man, daß der Wähler in voller Unabhängigkeit seiner politischen Ueberzeugung Ausdruck geben kann. Man übertreibe doch nicht immer diese Unabhängigkeit. Die Abhängigkeiten, die des Lebens Notdurft schafft — gottgegeben hat Bismarck sie genannt — die Abhängigkeiten, die der Kampf der Parteien nicht zufällig mit sich bringt, sondern sich ausdrücklich zum Ziele setzt, begleiten den Wähler auch in die Isolierzelle des Wahlraumes. Es ist der dringende und heiße Wunsch jeder Parteileitung, daß sich ihre Angehörigen bei der Abgabe des Stimmzettels dieser Abhängigkeiten recht lebhaft erinnern mögen. (Zurufe links.) Gewiß kann die geheime Wahl dem Wähler erleichtern, sich von Rücksichten auf seine wirtschaftlichen, sozialen und religiösen Abhängigkeitsverhältnisse frei zu halten und politischen Ueberzeugungen zu folgen. Es ist aber falsch, zu behaupten, daß diese Abhängigkeitsverhältnisse heute stärker seien als zu der Zeit, da unser Wahlrecht eingeführt wurde. Die Heimlichkeit der Wahl hilft ganz unleugbar dazu, alle innerlich oder geistig schwächeren Wähler unfrei zu machen gegenüber den Antrieben, materielle Instinkte, persönliche Verstimmung und den Hang zu allgemeiner Unzufriedenheit walten zu lassen. (Sehr wahr! rechts.) Deshalb hat die

Sozialdemokratie

bei der geheimen Wahl weit mehr Mitläufer als bei der öffentlichen, und sie, die doch sonst den Fanatismus der Oeffentlichkeit hat, ist eine so unbedingte Anhängerin des geheimen Wahlrechts! Sie, die daran gewöhnt ist, praktische Realpolitik zu treiben, schätzt also den Sukkurs, der ihr bei geheimer Wahl aus den Mitläufern erwächst, höher ein, als die Vorteile, die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt. Daß solcher Terrorismus von ihr geübt wird, und zwar in weit stärkerem Maße als von irgend einer anderen bürgerlichen Partei, das ist ja in diesem hohen Hause urkundlich festgestellt worden. (Lebhafte Zustimmung, Pfuirufe bei den Sozialdemokraten, Glocke des Präsidenten.) Erster Vizepräsident Dr. Porsch ruft erst den Abgeordneten Borgmann (Soz.), dann diesen Ordnungsruf zurücknehmend den Abgeordneten Liebknecht (Soz.) zur Ordnung.)

Rechnet sie richtig — und ich bin überzeugt, daß sie es tut — so ergibt sich die

Gegenrechnung für alle bürgerlichen Parteien

von selbst. Sie verlieren in ihrer Gesamtheit an Stimmen und zwar nicht dadurch, daß sich politische Ueberzeugung frei betätigt, sondern dadurch, daß das mangelnde Verantwortlichkeitsgefühl im Schleier des Geheimnisses staatsfeindlichen Einflüssen folgt, zu denen es sich öffentlich nicht bekennen mag. (Sehr wahr! rechts.) **Die königliche Staatsregierung hält aus allen diesen Gründen an der überlieferten Oeffentlichkeit der Wahl fest.**

Formell ist die Angelegenheit lediglich eine preußische, und ich darf der Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses gewiß sein, wenn ich die Stimmen ganz entschieden zurückweise, welche dem Reiche eine Kontrolle über das vindizieren, was wir hier beraten und beschließen. (Lebhaftes Bravo!). Materiell ist es vollkommen berechtigt, wenn man im Reiche mit größter Aufmerksamkeit verfolgt, wie sich im führenden Bundesstaate die Staats- und verfassungsrechtlichen Verhältnisse gestalten. Dabei ist für manche Kreise gewiß der rein praktische Wunsch bestimmend, **Preußen möchte durch ein modernes Wahlrecht so demokratisiert werden,** daß ein im letzten Ende

auch demokratisierter Bundesrat

die Geschicke des Reichs bestimmen müsse. Das ist eine Entwickelungslinie, der wir widerstreben müssen. Wenn es dem Wesen des deutschen Volkes entspräche, daß dem Norden und Süden die gleiche politische Form paßte, so hätte sich im Laufe der tausendjährigen Geschichte Deutschlands längst der **zentralistische Staat** entwickelt. Daß es nicht geschehen ist, liegt in einem tiefen Zug des deutschen Wesens, der mit dem Reichtum unserer Kultur und mit dem Besten, was Deutschland geschaffen hat, eng zusammenhängt.

Meine Herren! Wir können und wollen die Eigenart der bayerischen, der schwäbischen, der sächsischen Volksstämme, und wie sie auch heißen mögen, nicht missen. Aber man soll uns auch unsere preußische Eigenart nicht verkümmern, man soll uns nicht mit billigen Schlagworten als feudal, agrarisch und reaktionär in Verruf bringen. Das dient nicht Deutschlands Einigkeit, denn Preußen und preußische Eigenart haben nicht an letzter Stelle an der Wiedererstehung des Deutschen Reiches mitgearbeitet. (Lebhaftes Bravo!)

Wenn Sie, meine Herren, und damit will ich schließen, bei der Betrachtung der Wahlrechtsfrage neben dem agitatorischen Beiwerk auch solche Gesichtspunkte, wie ich sie anzugeben mir erlaubt habe, zu ihrem Rechte kommen lassen, dann werden Sie, davon bin ich überzeugt, Beschlüsse finden, die dem Wohle nicht nur des preußischen Staates, sondern auch des Deutschen Reiches dienen. (Lebhaftes Bravo! rechts und in der Mitte, Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Nach der Rede Bethmann Hollwegs erklärte der Minister des Innern **v. Moltke:** Da die Vorlage **eine Verfassungsänderung** enthält, so muß die Behandlung der Vorlage in den Formen einer Verfassungsänderung geführt werden.

Abg. Freiherr **v. Richthofen** (Kons.): Die Aeußerungen, mit denen der Vertreter der Staatsregierung zu Beginn der Sitzung von den Mitgliedern des Hauses begrüßt wurde, muß ich als unerhört bezeichnen. Wir wollen keine Stagnation, wir sind keine reaktionäre Partei. Wir wollen einen gesunden Fortschritt, aber keineswegs eine einseitige Politik eine Politik für das platte Land. Die Wahlrechtsvorlage haben wir ohne Rücksicht auf die anderen Bundesstaaten nach unserer eigenen Ueberzeugung zu regeln. Wir haben

ernste, schwerwiegende Bedenken gegen die Vorlage

und beantragen die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Wir werden der Vorlage nur dann zustimmen können, wenn wir die Ueberzeugung gewinnen, daß sie Preußen zum Wohle gereicht.

Die öffentliche Wahl entspricht dem deutschen Volkscharakter.

Gefährlicher als die Sozialdemokraten selbst sind diejenigen, die mit ihnen kokettieren. (Sehr richtig! rechts.) Wir wollen ein Parlament, das die idealen Grundlagen des Preußentums bewahrt. In diesem Sinne werden wir in die Beratung herangehen, denn es handelt sich hier nicht allein um die Wahlrechtspflege, sondern auch um große Ideale des Volkes. (Lebhaftes Bravo rechts, Zischen links.)

Abg. **Träger** (Frs. Vpt.): **Diese Vorlage ist für uns unannehmbar.** An der Kommissionsberatung werden wir uns beteiligen. Alle liberalen Ansprüche laufen in der Frage des Wahlrechts zusammen. **Keine Regierung ist so stark, daß sie gegen den ausgesprochenen Willen der Mehrheit des Volkes regieren kann.** Die Regierung ist das ausführende Organ der Mehrheit des Volkes. Die Vorlage genügt uns schon darum nicht, weil sie so tut, als ob die preußische Gesetzgebung die übrige Welt ganz nichts anginge. **Man verstößt damit gegen den Reichsgedanken.** (Sehr richtig! links.) Die Vorlage hat im übrigen Deutschland

als ein reaktionärer Vorstoß üblen Eindruck

gemacht. Sie erfüllt auch die Zusage der Thronrede nicht. Wir hoffen jedoch zu einem vernünftigen Wahlrecht zu kommen. (Bravo! links.)

Abg. **Schiffer** (Natl.): Wir lehnen nach wie vor das Reichstagswahlrecht für Preußen ab, wollen aber anderseits das Reichstagswahlrecht im Reich keineswegs antasten. Wir treten für die **Beseitigung der indirekten Wahl,** der plutokratischen Starrheit der Wahlrechtsabstufung, **der öffentlichen Stimmabgabe,** sowie für eine Revision der Wahlkreiseinteilung ein. Die Vorlage hat uns

eine schwere Enttäuschung

bereitet. Wenn es gelingt, die gesunden Gesichtspunkte des **Pluralwahlrechts** zur Durchführung zu bringen, so haben wir dagegen nichts einzuwenden. Dagegen liegt in dem **Aufrücken in höhere Abteilungen auf Grund besonderer Examins eine ungerechte Bevorzugung der Beamten.** Die öffentliche Stimmabgabe ist nur geeignet, den Terrorismus zu fördern. Die Wahlrechtsfrage bleibt eine brennende, auch wenn die Vorlage abgelehnt wird. (Sehr richtig! links.) Wir werden alles tun, um die Entwickelung der Wahlrechtsfrage zum baldigen Abschluß zu bringen. (Lebh. Beifall links.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vormittag 11 Uhr vertagt.

SLUB
Wir führen Wissen.